

## Antrag

Fraktion der CDU

Hannover, den 17.03.2014

### **Energiewende: Wettbewerbsfähigkeit erhalten - Arbeitsplätze schaffen - Fachkräftenachwuchs sichern**

Der Landtag wolle beschließen:

#### EntschlieÙung

Niedersachsen nimmt die Herausforderungen der Energiewende an, erkennt ihre Potenziale und nutzt ihre Chancen.

Niedersachsen als Industrieland bietet Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Arbeitsplätze, schafft Wertschöpfung und Wohlstand. Die Wertschöpfungsketten müssen erhalten bleiben und niedersächsische Unternehmen müssen im internationalen Wettbewerb bestehen können. Extrem steigende Strompreise sind insbesondere für die Grundstoffindustrie, aber auch branchenübergreifend und unternehmensindividuell untragbar. Die bereits vor der Energiewende geltenden und im europäischen Ausland gängigen „Industrie- und Mengenrabatte“ gilt es zukünftig im Rahmen der Befreiung von der EEG-Umlage auf im internationalen Wettbewerb stehende Unternehmen zu konzentrieren und damit zu erhalten. Dies gilt auch für Unternehmen, die ihren Strom selbst produzieren. Der sogenannte Eigenstromverbrauch war bisher von der EEG-Umlage befreit. Seine Belastung würde zu erheblichen Wettbewerbsnachteilen führen und die für viele Produktionsprozesse notwendige Herstellung von Strom und Prozessenergie unnötig verteuern. Hier gilt es das Vertrauen auf die Verlässlichkeit zu schützen und zukünftige Investitionen von Unternehmen in die Eigenenergieerzeugung nicht zu verhindern.

Niedersachsen als Energieland Nummer 1 in Deutschland bietet im Energiesektor eine Vielzahl von Arbeitsplätzen für qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Kraftwerksbetreiber der konventionellen Anlagen und der erneuerbaren Energien sowie die regionalen und lokalen Energieversorger halten Arbeitsplätze vor, investieren in Aus- sowie Weiterbildung und sind mit ihrem Know-how Garant für eine sichere Stromversorgung. Im Wettbewerb um die besten Kräfte gilt es die Berufsfelder, die Arbeitsbedingungen und die Einkommen sowie das Lebensumfeld attraktiv zu halten, um so die Basis für die weitere Gewinnung der notwendigen Fachkräfte zu schaffen. Wegen der Überalterung der Belegschaften mit der Folge sehr hoher Fluktuation entsteht eine bedrohliche Fachkräftelücke. Wir brauchen deshalb Initiativen zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses in der Energiewirtschaft.

Der Landtag fordert die Landesregierung und den Bundeswirtschaftsminister auf,

1. die Befreiung von der EEG-Umlage für energieintensive Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, sowie bei der Eigenstromerzeugung zu erhalten und Fehlentwicklungen in diesem Bereich zurückzudrehen,
2. Initiativen zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern zu ergreifen, insbesondere mit Blick auf die Gestaltung der dualen Ausbildung bis hin zur Übernahme von ausgebildeten Fachkräften,
3. durch Förderung und Ausbau naturwissenschaftlicher schulischer Angebote sowie entsprechendem Einsatz für betriebliche Praktika und die Ideen-Expo das Interesse an energiewirtschaftliche Berufe stärker zu wecken,
4. sich dafür einzusetzen, dass die Vorschläge der EU-Kommission vom 22.01.2014 zur zukünftigen EU-Klimaschutzpolitik im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Betriebe und ihrer Arbeitsplätze korrigiert werden. Es müssen nach der EU-EEG-Richtlinie auch künftig die

EU-Ausbauziele für erneuerbare Energien für die einzelnen EU-Staaten und nicht nur die EU insgesamt verbindlich bleiben und Verstöße mit Sanktionen belegt werden können.

#### Begründung

Niedersachsen als Energieland Nummer 1 und als Industrieland in Deutschland muss seine Potenziale nutzen, um sowohl einen Beitrag für die Energiewende zu leisten als auch zur Sicherung und Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze beizutragen. Ausgebildete und qualifizierte Arbeitskräfte sichern die weltweit stabilste Stromversorgung und bieten den Verbrauchern ein hohes Maß an Versorgungssicherheit. Das hohe Niveau des deutschen Bildungssystems - die duale Ausbildung und das Studium - ist zu erhalten und den zukünftigen technologischen Anforderungen anzupassen.

Wettbewerbsnachteile für besonders energieintensive Unternehmen, die in einem besonderen internationalen Wettbewerb stehen, werden durch die Befreiung von der EEG-Umlage vermieden, um den Wirtschaftsstandort Deutschland und damit Arbeitsplätze nicht zu gefährden.

Björn Thümler  
Fraktionsvorsitzender